

Bekanntmachung

über den Verkehr mit Harz. Vom 7. September 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Rohharz jeder Art, das sich zur Herstellung von Kolophonium eignet, insbesondere Fichten-, Kiefern-, Lärchen- und Tannenharz, sowie Kolophonium (Fertigharz), hergestellt aus Rohharzen vorbezeichneter Art, ist dem Kriegsausschuss für pflanzliche und tierische Öle und Fette, G. m. b. H. in Berlin, anzubieten und auf Verlangen abzuliefern.

Dies gilt nicht

1. für Vorräte, die insgesamt 10 Kilogramm nicht übersteigen;
2. für Kolophonium, das im Eigentum der Seeresverwaltungen oder der Marineverwaltung steht.

§ 2. Harz jeglicher Herkunft, Rohharz jeder Art, das sich zur Herstellung von Kolophonium eignet, insbesondere Fichten-, Kiefern-, Lärchen- und Tannenharz, sowie Kolophonium (Fertigharz), hergestellt aus Rohharzen vorbezeichneter Art, flüssiges Harz und Harzprodukte, insbesondere Harzleim (Harzseife) und Brauerpech, die aus dem Auslande eingeführt werden, sind an den Kriegsausschuss für pflanzliche und tierische Öle und Fette, G. m. b. H. in Berlin, zu liefern.

§ 3. Der Reichskanzler erläßt die Ausführungsbestimmungen; er kann Ausnahmen zulassen und weitere Vorschriften über den Verkehr mit Harz und Harzprodukten erlassen. Er kann die Vorschriften dieser Verordnung auf Harzergänzungsmittel ausdehnen.

Er kann bestimmen, daß Zuwiderhandlungen gegen die auf Grund vorstehender Ermächtigung erlassenen Vorschriften mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft werden, sowie, daß neben der Strafe auf Einziehung derjenigen Stoffe erkannt werden kann, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Rücksicht darauf, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 4. Der Reichskanzler kann Vorschriften über die Durchfuhr der in § 2 genannten Stoffe erlassen.

§ 5. Als Ausland im Sinne dieser Verordnung gilt auch das besetzte Gebiet.

§ 6. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 7. September 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Dr. Helfferich.

Bekanntmachung

betreffend Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über den Verkehr mit Harz vom 7. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1002). Vom 7. September 1916.

Auf Grund des § 3 der Verordnung über den Verkehr mit Harz vom 7. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1002) wird bestimmt:

§ 1. Wer mit Beginn des 10. September 1916 Rohharz jeder Art, das sich zur Herstellung von Kolophonium eignet, insbesondere Fichten-, Kiefern-, Lärchen- oder Tannenharz, oder Kolophonium (Fertigharz), hergestellt aus Rohharz vorbezeichneter Art, im Gewahrsam hat, ist verpflichtet, die Bestände getrennt nach Eigentümer und Arten in handelsüblicher Bezeichnung unter Angabe der Menge, des Eigentümers und des Lagerungsortes und unter Beifügung einer versiegelten Probe dem Kriegsausschuss für pflanzliche und tierische Öle und Fette, G. m. b. H. in Berlin, bis zum 20. September 1916 anzuzeigen.

Mengen, die sich mit Beginn des 10. September 1916 unterwegs befinden, sind von dem Empfänger anzuzeigen.

Wer Rohharz jeder Art, das sich zur Herstellung von Kolophonium eignet, insbesondere Fichten-, Kiefern-, Lärchen- oder Tannenharz gewinnt, hat dem Kriegsausschuss die im Vormonat angefallene Menge bis zum 10. jeden Monats anzuzeigen, sofern nicht andere Vereinbarungen getroffen sind.

§ 2. Der Kriegsausschuss hat sich unverzüglich nach Empfang der Anzeige zu erklären, ob er die Ware übernehmen will. Geht binnen drei Wochen nach Abendung des Angebots eine Erklärung nicht ein, oder erklärt der Kriegsausschuss, daß er die Ware nicht übernehmen will, so erlischt die Lieferungsverpflichtung. Erklärt der Kriegsausschuss, die angebotene Ware übernehmen zu wollen, so ist sie auf sein Verlangen an die von ihm ausgegebene Adresse zu verladen.

Das Eigentum geht auf den Kriegsausschuss über in dem Zeitpunkt, in welchem die Uebernahmeerklärung dem Eigentümer oder dem Inhaber des Gewahrsams zugeht.

§ 3. Wer aus dem Auslande Harz jeglicher Herkunft, Rohharz jeder Art, das sich zur Herstellung von Kolophonium eignet, insbesondere Fichten-, Kiefern-, Lärchen- oder Tannenharz, oder

Kolophonium (Fertigharz), hergestellt aus Rohharzen vorbezeichneter Art, flüssiges Harz oder Harzprodukte, insbesondere Harzleim (Harzseife) oder Brauerpech, einführt, ist verpflichtet, den Eingang der Ware im Inlande dem Kriegsausschuss für pflanzliche und tierische Öle und Fette, G. m. b. H. in Berlin, unter Angabe der Menge, des Einkaufspreises und des Aufbewahrungsortes unverzüglich anzuzeigen. Die Anzeige hat durch eingeschriebenen Brief zu erfolgen.

Als Einführender im Sinne dieser Verordnung gilt, wer nach Eingang der Ware im Inlande zur Verfügung über sie für eigene oder fremde Rechnung berechtigt ist. Befindet sich der Verfügungsberechtigte nicht im Inlande, so tritt an seine Stelle der Empfänger.

§ 4. Wer aus dem Auslande Stoffe der in § 3 Abs. 1 bezeichneten Art einführt, hat sie an den Kriegsausschuss zu liefern. Er hat sie bis zur Abnahme mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns zu behandeln, in handelsüblicher Weise zu versichern und auf Abruf zu verladen. Er hat sie auf Verlangen des Kriegsausschusses an einem von diesem zu bestimmenden Orte zur Befichtigung zu stellen oder Proben einzufenden.

Der Kriegsausschuss hat sich unverzüglich nach Empfang der Anzeige oder nach der Befichtigung oder nach Empfang der Probe zu erklären, ob er die Stoffe übernehmen will.

Das Eigentum geht auf den Kriegsausschuss über mit dem Zeitpunkt, in welchem die Uebernahmeerklärung dem Einführenden oder dem Inhaber des Gewahrsams zugeht.

§ 5. Der Kriegsausschuss setzt für die von ihm übernommenen Stoffe den Uebernahmepreis fest.

Ist der Verpflichtete mit dem von dem Kriegsausschuss angebotenen Preise nicht einverstanden, so setzt die höhere Verwaltungsbehörde, die für den Ort zuständig ist, von dem aus die Lieferung erfolgen soll, den Preis endgültig fest. Die höhere Verwaltungsbehörde bestimmt darüber, wer die baren Auslagen des Verfahrens zu tragen hat. Der Verpflichtete hat ohne Rücksicht auf die endgültige Festsetzung des Preises zu liefern, der Kriegsausschuss vorläufig den von ihm festgesetzten Preis zu zahlen.

§ 6. Die Zahlung erfolgt spätestens vierzehn Tage nach Abnahme. Für streitige Restbeträge beginnt die Frist mit dem Tag, an dem die Entscheidung der höheren Verwaltungsbehörde dem Kriegsausschuss zugeht.

§ 7. Die gewerbliche Verarbeitung von Rohharz jeder Art, das sich zur Herstellung von Kolophonium eignet, insbesondere Fichten-, Kiefern-, Lärchen-, Tannenharz, darf nur mit Zustimmung des Kriegsausschusses erfolgen.

Die Verordnung über die gewerbliche Verarbeitung von Rohharz vom 9. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 157) tritt außer Kraft.

§ 8. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark wird bestraft:

1. wer die in §§ 1, 3 vorgeschriebenen Anzeigen nicht rechtzeitig erstattet, oder wer offensichtlich falsche oder unvollständige Angaben macht;
2. wer den Vorschriften des § 7 Abs. 1 zuwiderhandelt.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Stoffe erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 9. Die Bestimmungen treten mit dem 10. September 1916 in Kraft.

Berlin, den 7. September 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Dr. Helfferich.

Bekanntmachung

Vom 11. September 1916.

Höhere Verwaltungsbehörde im Sinne der §§ 5, 6 der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 7. September 1916, betreffend Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über den Verkehr mit Harz vom 7. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1002), ist der Provinzialausschuss.

Darmstadt, den 11. September 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
J. B. Wagner.

Bekanntmachung

betreffend Bohnen aus Holland.

Wir weisen wiederholt darauf hin, daß diejenigen Konservenfabrikanten, die grüne Bohnen in Dosen oder Dosen konservieren, uns von jeder Anlieferung holländischer grüner Bohnen sofort nach Empfang einer Mitteilung zu machen haben:

1. welche Menge Bohnen in Doppelsentnern sie erhalten haben,
2. welche Preise sie für den Doppelsentner bezahlt haben.

Braunschweig, den 5. September 1916.

Gemüsekonserven-Kriegsgesellschaft mit beschränkter Haftung.
Behrens.

Bekanntmachung

des Stellvertreters des Reichskanzlers über Gummifauger.
Bom 3. August 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Gummifauger, die geeignet sind, als Mundstücke für Kinderlangflaschen Verwendung zu finden, und aus dem Ausland eingeführt werden, sind an die Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker m. b. H. in Berlin zu liefern.

§ 2. Der Reichskanzler kann die näheren Bedingungen für die Lieferung festlegen und erläßt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen. Er kann bestimmen, daß Zuwiderhandlungen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft, und daß die Gummifauger, auf die sich die Zuwiderhandlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, eingezogen werden.

§ 3. Der Reichskanzler kann Ausnahmen zulassen.

§ 4. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 3. August 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Dr. Selfferich

Ausführungsbestimmungen

des Stellvertreters des Reichskanzlers zur Verordnung des Bundesrats über Gummifauger. Bom 3. August 1916.

Nach Grund des § 2 der Verordnung des Bundesrats über Gummifauger vom 3. August 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 879) wird bestimmt:

§ 1. Wer Gummifauger, die geeignet sind, als Mundstücke für Kinderlangflaschen Verwendung zu finden, aus dem Ausland einführt, ist verpflichtet, der Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker m. b. H. in Berlin den Eingang der Ware unter Angabe der Menge, des bezahlten Einkaufspreises und des Aufbewahrungsorts unverzüglich anzuzeigen. Die Anzeige hat durch eingeschriebenen Brief zu erfolgen. Dabei ist hinsichtlich der Gesellschaft vorzuschreibendes Formular zu benutzen. Als Einführender im Sinne dieser Bestimmung gilt, wer nach Eingang der Ware zu Verfügung über sie für eigene oder fremde Rechnung berechtigt ist. Befindet sich der Verfügungsberechtigte nicht im Inland, so tritt an seine Stelle der Empfänger.

§ 2. Die Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker soll sich nach Empfang der Anzeige von der Einfuhr und, wenn eine Besichtigung vorgenommen wird, nach der Besichtigung unverzüglich erklären, ob sie die Ware übernehmen will.

§ 3. Der Einführende hat die Ware bis zur Abnahme durch die Gesellschaft mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns zu behandeln, in handelsüblicher Weise zu versichern, auf Verlangen der Gesellschaft an einem von dieser zu bestimmenden Orte zur Besichtigung zu stellen, auf Abzug zu verladen und an die Gesellschaft zu liefern.

§ 4. Die Gesellschaft hat für die von ihr übernommene Ware einen angemessenen Uebernahmepreis zu zahlen.

§ 5. Die höhere Verwaltungsbehörde entscheidet endgültig alle Streitigkeiten, die sich zwischen den Beteiligten über die Aufbewahrung und Versicherung ergeben.

§ 6. Die Landeszentralbehörden bestimmen, wer als höhere Verwaltungsbehörde im Sinne dieser Bestimmungen anzusehen ist.

§ 7. Die Gesellschaft hat die übernommene Ware nach den an sie ergehenden Anweisungen durch die Apotheken den Verbrauchern zuzuführen. An Entbindungsanstalten, Wöchnerinnen-, Säuglingsheime und ähnliche Betriebe darf sie unmittelbar liefern.

§ 8. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark wird bestraft, wer den Vorschriften der §§ 1 und 3 zuwiderhandelt.

Bei Zuwiderhandlung gegen die Anzeige- und Lieferungs-pflicht können die Gummifauger, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 9. Diese Bestimmungen treten mit dem Tage der Verkündung, die Vorschriften des § 8 am 9. August 1916 in Kraft.

Berlin, den 3. August 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Dr. Selfferich.

Bekanntmachung.

Nach Grund des § 6 der Ausführungsbestimmungen des Reichskanzlers zur Verordnung des Bundesrats über Gummifauger vom 3. August 1916 (R.-G.-Bl. S. 880) wird als höhere Verwaltungsbehörde im Sinne von § 5 der Provinzialausfuhr bestimmt.

Darmstadt, den 1. September 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
J. V. Hölzinger.

Bekanntmachung

über die Einfuhr von Walnüssen und Haselnüssen.
Bom 7. September 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Walnüsse und Haselnüsse, die aus dem Ausland eingeführt werden, sind an den Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette, G. m. b. H., in Berlin zu liefern.

§ 2. Der Reichskanzler ist ermächtigt, nähere Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung zu erlassen. Er kann bestimmen, daß Zuwiderhandlungen gegen die auf Grund vorstehender Ermächtigung erlassenen Bestimmungen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft werden, sowie daß neben der Strafe auf Einziehung der Früchte erkannt werden kann, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 3. Der Reichskanzler kann Ausnahmen zulassen. Er kann Vorschriften über die Durchfuhr von Walnüssen und Haselnüssen erlassen. Er kann die Vorschriften dieser Verordnung auf andere zur Delgewinnung geeignete Früchte ausdehnen.

§ 4. Als Ausland im Sinne dieser Verordnung gilt auch das besetzte Gebiet.

§ 5. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 7. September 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Dr. Selfferich.

Bekanntmachung

betreffend Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Einfuhr von Walnüssen und Haselnüssen vom 7. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 999). Bom 7. September 1916.

Nach Grund der §§ 2, 3 der Verordnung über die Einfuhr von Walnüssen und Haselnüssen vom 7. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 999) wird bestimmt:

§ 1. Wer aus dem Ausland Walnüsse oder Haselnüsse einführt, ist verpflichtet, den Eingang dieser Früchte im Inland dem Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette, G. m. b. H. in Berlin unter Angabe der Menge des bezahlten Einkaufspreises und des Aufbewahrungsorts unverzüglich anzuzeigen. Die Anzeige hat durch eingeschriebenen Brief zu erfolgen.

Als Einführender im Sinne dieser Bestimmungen gilt, wer nach Eingang der Ware im Inland zur Verfügung über sie für eigene oder fremde Rechnung berechtigt ist. Befindet sich der Verfügungsberechtigte nicht im Inland, so tritt an seine Stelle der Empfänger.

§ 2. Wer aus dem Auslande Walnüsse oder Haselnüsse einführt, hat sie dem Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette zu liefern. Er hat sie bis zur Abnahme durch den Kriegsausschuß mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns pfleglich zu behandeln, in handelsüblicher Weise zu versichern und auf Abzug zu verladen. Er hat sie auf Verlangen des Kriegsausschußes an einem von diesem zu bestimmenden Orte zur Besichtigung zu stellen.

§ 3. Der Kriegsausschuß hat die Walnüsse und Haselnüsse, die ihm nach § 2 zu liefern sind, abzunehmen und einen angemessenen Preis dafür zu zahlen.

Ist der Verkäufer mit dem vom Kriegsausschuß gebotenen Preise nicht einverstanden, so setzt die für den Ort, von dem aus die Lieferung erfolgen soll, zuständige höhere Verwaltungsbehörde den Preis endgültig fest. Sie bestimmt, wer die baren Auslagen des Verfahrens zu tragen hat. Der Lieferungspflichtige hat ohne Rücksicht auf die endgültige Festsetzung des Uebernahmepreises zu liefern, der Kriegsausschuß den von ihm für angemessen erachteten Preis zu zahlen.

§ 4. Der Kriegsausschuß hat unverzüglich nach Empfang der Anzeige oder nach der Besichtigung die Uebernahme zu erklären. Das Eigentum geht mit dem Zeitpunkt auf den Kriegsausschuß über, in dem die Uebernahmeerklärung dem Einführenden oder dem Inhaber des Gewahrsams zugeht.

§ 5. Die Zahlung des Kaufpreises erfolgt spätestens zwei Wochen nach der Abnahme. Für streitige Restbeträge beginnt diese Frist mit dem Tage, an dem die Entscheidung der höheren Verwaltungsbehörde dem Kriegsausschuß zugeht.

§ 6. Der Kriegsausschuß hat dafür zu sorgen, daß die übernommenen Walnüsse und Haselnüsse alsbald auf Oel verarbeitet werden.

§ 7. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder Geldstrafe bis zu zehntausend Mark wird bestraft, wer die im § 1 vorgeschriebene Anzeige nicht rechtzeitig erstattet, oder wer offensichtlich falsche oder unvollständige Angaben macht. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Früchte erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 8. Die Bestimmungen treten mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 7. September 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers. Dr. Selfferich.

Bekanntmachung

von Uebergangsvorschriften zur Verordnung über Speisefette vom 20. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 755). Vom 5. September 1916. Auf Grund des § 40 der Bekanntmachung über Speisefette vom 20. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 755) und des § 1 der Bekanntmachung über die Errichtung eines Kriegsernährungsamts vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 402) wird verordnet:

§ 1. Bis zum 15. Oktober 1916 finden auf die Ueberlassung der in Molkereien hergestellten Butter die §§ 10 bis 12 der Verordnung über Speisefette vom 20. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 755) mit der Maßgabe Anwendung, daß die Butter der Zentral-Einkaufsgesellschaft oder der Landesverteilungsstelle käuflich zu überlassen ist, soweit die Zentral-Einkaufsgesellschaft oder die Landesverteilungsstelle die Ueberlassung bis zu diesem Tage verlangt.

Das Verlangen auf Ueberlassung kann, wenn Molkereien zu gemeinsamer Verwertung der Butter zusammengeschlossen sind, statt an die einzelnen Molkereien an ihre Verbände (Genossenschaften, Gesellschaften usw.) gerichtet werden.

Die Rechte und Pflichten der Landesverteilungsstellen regeln sich nach den Vorschriften in § 12 Abs. 1 Satz 2 bis 4 der Verordnung vom 8. Dezember 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 807).

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 5. September 1916.

Der Präsident des Kriegsernährungsamts.
von Batocki.

Bekanntmachung

zur Durchführung der Verordnung über Hafer.

Vom 5. September 1916.

In Erweiterung der Bekanntmachung vom 19. August 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 939) werden die Hafermengen, welche die Tierhalter in der Zeit vom 1. September bis 31. Dezember 1916 aus ihren Vorräten versichern dürfen, wie folgt bestimmt:

- a) Halter von Einhufern: 5 1/2 Zentner für jeden Einhufer;
- b) Halter von Ruchbullen: 3 Zentner für jeden Ruchbullen, für den die Genehmigung der zuständigen Behörde zur Haferfütterung erteilt wird;
- c) Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe, die Arbeitsochsen halten: 3 Zentner für jeden Arbeitsochsen.

Ab 2 der Bekanntmachung vom 19. August 1916 wird un- verändert auf den gleichen Zeitraum erstreckt.

Berlin, den 5. September 1916.

Der Präsident des Kriegsernährungsamts.
von Batocki.

Bekanntmachung

über die Anmeldung von Betrieben, die sich mit dem Dörren von Gemüse befassen.

Auf Grund von § 4 der Verordnung des Bundesrats über die Verarbeitung von Gemüse vom 5. August 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 914) werden alle diejenigen, die Dörrgemüse nicht nur für den eigenen Haushalt bereits herstellen oder Anlagen dazu im Bau haben, deren Inbetriebnahme vor dem 1. Oktober 1916 erfolgen wird, aufgefordert, ihre Betriebe bis längstens

20. September 1916

bei der Kriegsgesellschaft für Dörrgemüse m. b. H., Berlin, Charlottenstraße 37, anzumelden und den ihnen von dieser Gesellschaft darauf zugehenden Fragebogen binnen 5 Tagen ordnungsgemäß auszufüllen.

Wer die gestellten Fristen versäumt oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird nach § 9 Ziffer 4 der genannten Verordnung mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft und kann überdies auf Zuteilung von frischem Gemüse und Genehmigung zum Absatz von Dörrgemüsen nicht rechnen.

Berlin, den 9. September 1916.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.
Tenge.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 2 der Verordnung über die Verarbeitung von Obst vom 5. August 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 911) wird in Ergänzung und Aenderung der Bekanntmachung vom 2. September 1916 bestimmt:

§ 1. Äpfel dürfen auch in der Zeit vom 16. September bis zum 1. Oktober in Gewerbebetrieben nicht gekeltert werden. Dabei macht es keinen Unterschied, ob das Keltern zum Zweck der Herstellung von Apfelwein oder alkoholfreiem Saft erfolgt.

§ 2. Die Verwendung von Äpfeln, Birnen, Apfelwein und Obstresten in Gewerbebetrieben zur Branntweinherstellung ist ganz verboten.

§ 3. Die Strafbestimmungen in § 3 der Bekanntmachung vom 2. September 1916 finden auch auf Uebertretungen der Verbote in den obigen §§ 1 und 2 Anwendung.

§ 4. Diese Bestimmungen treten mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 9. September 1916.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.
Tenge.

Bekanntmachung

betreffend den Uebergang der Geschäfte der Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise auf das Kriegsernährungsamt.

Vom 1. September 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Die durch § 11 der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 607) für das Reichsgebiet errichtete Preisprüfungsstelle wird aufgehoben. Ihre Aufgaben und Befugnisse gehen auf das Kriegsernährungsamt über.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem 1. September 1916 in Kraft.

Der Reichskanzler trifft die zur Ueberleitung erforderlichen Anordnungen.

Berlin, den 1. September 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Dr. Helfferich.

Betr.: Beschlagnahme von Obst.

An den Oberbürgermeister zu Gießen, das Großh. Polizeiamt Gießen sowie an die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden und die Großh. Gendarmerie des Kreises.

Die nachstehende Verordnung des stellv. Generalkommandos 18. M. A. zu Frankfurt a. M. vom 15. September 1916 ist sofort ortsüblich bekannt zu machen.

Gießen, den 18. September 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

XVIII. Armeekorps.

Stellvertretendes Generalkommando.

IIIb Tab.-Nr. 18 250/5464.

Frankfurt a. M., den 15. 9. 1916.

Betr.: Beschlagnahme von Obst.

Zur Sicherstellung des andernfalls gefährdeten Bedarfs des Heeres und der Bevölkerung an Marmelade und Marmelade im Interesse der öffentlichen Sicherheit, auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851:

§ 1. Die gesamten noch nicht im Kleinhandel befindlichen Äpfel, Zwetschen und Pflaumen werden, auch soweit sie noch nicht geerntet sind, beschlagnahmt. Der Absatz darf nur an Personen erfolgen, die einen mit dem Stempel des Kriegsernährungsamts versehenen Ausweis mit sich führen.

§ 2. Die nach § 1 beschlagnahmten Äpfel, Zwetschen und Pflaumen sind bis zur Ablieferung an die in § 1 bezeichneten Personen zu verwahren und pfleglich zu behandeln. Die Verarbeitung und der Verbrauch im eigenen Haushalt bleiben zulässig.

§ 3. Zuwiderhandlungen werden, soweit nicht nach den bestehenden Gesetzen strengere Strafen verhängt sind, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Beim Vorliegen mildernder Umstände kann auf Haft oder auf Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.

Die unteren Verwaltungsbehörden (Polizeiprääsidenten, Landräte, Kreisämter) können nach Anweisung des Kriegsernährungsamts, insbesondere zur Verhinderung des Verderbens der Früchte Ausnahmen von den Vorschriften in § 1 zulassen.

Der Kommandierende General:

Freiherr von Gall, General der Infanterie.

Bekanntmachung.

Betr.: Beschlagnahme von Obst; hier: Sicherung der Zwetschen-ernte im Kreise Gießen.

Auf Grund des § 3 Absatz 2 der Verordnung des stellv. Generalkommandos 18. Armeekorps vom 15. September 1. 16. wird hiermit für den Kreis Gießen verordnet wie folgt:

Da infolge des anhaltenden schlechten Wetters das Verderben der im Kreise Gießen erzeugten Zwetschen zu befürchten steht, wird zur Sicherung der Zwetschen-ernte von einer Beschlagnahme der Zwetschen bis auf weiteres abgesehen.

Für den An- und Verkauf von Zwetschen sind im übrigen auch weiterhin die von der Landesobststelle für das Großherzogtum Hessen erlassenen Vorschriften maßgebend.

Gießen, den 18. September 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen

Dr. Usinger.

An den Oberbürgermeister zu Gießen, das Großh. Polizeiamt Gießen sowie an die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden und die Großh. Gendarmerie des Kreises.

Vorstehende Bekanntmachung ist alsbald ortsüblich bekannt zu geben.

Gießen, den 18. September 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Bekanntmachung

die Ausführung des Gesetzes vom 27. April 1881 über die Ausübung und den Schutz der Fischerei betr.

Die nachfolgend abgedruckten Bestimmungen unserer Bekanntmachung zum gleichen Gegenstand vom 8. April 1897 (Reg.-Bl. S. 67) und vom 12. März 1901 (Reg.-Bl. S. 268) werden für die Dauer des gegenwärtigen Krieges widerruflich aufgehoben:

1. Der Betrieb der Fischerei bei den Nadelwehren zu Kestelbach, Raunheim und Kossheim in folgenden Gewässerstrecken des Main, soweit dieselben im hiesigen Staatsgebiet belegen sind:
 - a) in der Gewässerstrecke unterhalb dieser Nadelwehre bis 50 Meter unterhalb des untersten Schleusentors;
 - b) in der Gewässerstrecke oberhalb dieser Nadelwehre bis 30 Meter oberhalb des Dammtopfesist in der ganzen, im diesseitigen Staatsgebiet belegenen Breite des Flusses während der Zeit vom 10. April bis 9. Juni eines jeden Jahres, beide Tage eingeschlossen, gänzlich untersagt.
 2. Die Ausübung der Fischerei ist, so lange der Fischpaß geöffnet ist, 30 Meter oberhalb und unterhalb des Nadelwehres in der ganzen Breite des Flusses, insoweit derselbe im diesseitigen Staatsgebiet belegen ist, untersagt.
 4. Während der Zeit vom 10. April bis 9. Juni eines jeden Jahres, beide Tage eingeschlossen, ist der Betrieb der Fischerei
 - a) in der Gewässerstrecke unterhalb des Nadelwehres bis zur Landesgrenze,
 - b) in der Gewässerstrecke oberhalb des Nadelwehres bis 30 Meter oberhalb des Dammtopfesin der vollen Breite des Flusses, insoweit derselbe im diesseitigen Staatsgebiet gelegen ist, gänzlich untersagt.
- Darmstadt, den 9. September 1916.
Großherzogliches Ministerium des Innern.
J. B.: Hölzinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Obstversteigerungen der Gemeinden.

Das Verbot des Abhaltens von Obstversteigerungen ist aufgehoben.

Die Versteigerung des der Gemeinde gehörigen Obstes darf stattfinden mit der Mahgabe, daß Händler, die nicht von der Landesobststelle bevollmächtigt sind und sich hierüber ausweisen können, sowie nichtbefähigte Käufer als Steigerer nicht zugelassen werden. Von allen Versteigerungen ist die Landesobststelle zu Darmstadt vorher in Kenntnis zu setzen.

Gießen, den 15. September 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Langermann.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Groß. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Unter Hinweis auf vorstehende Bekanntmachung empfehlen wir Ihnen, die oben erwähnten Bedingungen genau zu beachten.

Wir empfehlen Ihnen weiter, das Obst nur in kleinen Losen zu versteigern und bei der Erteilung des Zuschlages die von der Landesobststelle festgesetzten Richtpreise (veröffentlicht im Kreisblatt Nr. 110 vom 7. Sept. l. Js.), soweit thunlich, zu beachten.

Wir erwarten aber, daß die Gemeinden nicht dazu beitragen, daß der Bevölkerung das Obst durch Preissteigerung verteuert wird, und dabei beachten, daß die von der Landesobststelle festgesetzten Richtpreise reichlich hoch gegriffen und daß außerdem noch die Erntekosten des Steigerers bei der Bemessung des Steigpreises zu berücksichtigen sind.

Nur Befestigung von Zweigen bemerken wir noch, daß für den unmittelbaren Verkauf von Obst zwischen Verbraucher und Erzeuger innerhalb kommunaler Gemeinden die Ausstellung von Bezugsscheinen nicht erforderlich ist. Solche sind aber in jedem Fall dann nötig, wenn ein Versand des Obstes mit der Bahn innerhalb dessens erfolgen soll, da die Bahn Befestigungen nur gegen Vorzeigung eines Bezugsscheines annimmt.

Der Bezugsschein ist von der Bürgermeisterei des Wohnortes des Käufers auszustellen und bei der Aufgabe der Sendung an der Bahn vorzulegen. Nach den Bestimmungen der Landesobststelle ist zum Versand von Obst nach außerhalb dessens ein Verkaufsschein ein bei der Landesobststelle zu Darmstadt, Allee Nr. 6, zu beantragen. Diesem Antrage ist eine Bescheinigung der Bürgermeisterei des Wohnortes des Versenders beizufügen, die enthält, daß es sich um selbst erzeugtes Obst handelt, ferner den Grad der Verwandtschaft und die genaue Adresse des Empfängers, sowie eine Angabe darüber, aus wieviel Köpfen der Haushalt des Empfängers besteht und welche Obstmenge versandt werden soll. Für die Ausstellung des Verkaufsscheines sind 30 Pfg. in Briefmarken beizufügen. Der Versand von Obst an solche Empfänger außerhalb dessens, die nicht mit dem Erzeuger verwandt sind,

ist nicht statthaft. Eigentümer von Obstbäumen in ihrer Gemeinde, die nicht in Gießen wohnen, sind wegen der Ausfuhr ihres Obstes aus Gießen ebenfalls an die Landesobststelle zu verweisen.

Gießen, den 15. September 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Langermann.

Bekanntmachung.

Betr.: Verkehr mit Zwetschen; hier: Richtpreise für den An- und Verkauf im Großen.

Für die Stadt Gießen und die Landgemeinden des Kreises hat die Preisprüfungsstelle für die Provinz Oberhessen nachstehende Richtpreise für die Spätzwetschen als angemessen erachtet:

1. Beim Verkauf an den Händler für den Zentner . . . 6 Mk.

2. Beim Verkauf an den Verbraucher für den Zentner . . . 8 Mk.

Der in der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 29. Aug. l. Js. festgesetzte Höchstpreis von 10 Mk. für den Zentner Zwetschen darf nur für außerordentlich gepflückte Tafelzwetschen in Einzelpackung verlangt werden.

Käufer und Verkäufer, die die von uns festgesetzten Richtpreise überschreiten, haben Bestrafung auf Grund der Bekanntmachung wegen übermäßiger Preissteigerung zu gewärtigen.

Gießen, den 15. September 1916.

Großh. Kreisamt.

J. B.: Langermann.

Der Oberbürgermeister

Keller.

Bekanntmachung.

Betr.: Höchstpreise für Zwetschen im Kleinverkauf.

Auf Grund des § 2 Abs. 3 der Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers vom 29. August l. Js. (Kreisbl. Nr. 110) und der Bekanntmachung Großh. Ministeriums des Innern vom 2. September l. Js. wird der Kleinverkaufs-Höchstpreis für Zwetschen für die Stadt Gießen und die Landgemeinden des Kreises auf 10 Pfg. für das Pfund herabgesetzt.

Unsere Bekanntmachung vom 8. September l. Js., wonach der Höchstpreis für Zwetschen im Kleinverkauf (in Mengen unter 1 Zentner) 15 Pfg. für das Pfund beträgt, wird hiermit aufgehoben.

Vorstehende Bestimmung tritt mit dem Tag der Veröffentlichung in Kraft.

Gießen, den 15. September 1916.

Großh. Kreisamt.

J. B.: Langermann.

Der Oberbürgermeister

Keller.

An Großh. Polizeiamt Gießen und die Groß. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Vorstehende Bekanntmachungen über die Richtpreise für den An- und Verkauf von Zwetschen, bezw. über den Höchstpreis für Zwetschen im Kleinhandel sind alsbald örtlich bekannt zu machen.

Gießen, den 15. September 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Langermann.

Bekanntmachung.

Betr.: Gesuche um Zurückstellung vom Wehrdienst.

Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß Gesuche um Zurückstellung vom Wehrdienst rechtzeitig bei dem Unterzeichneten eingereicht werden müssen.

Den Gesuchen, die nach Zustellung des Stellungsbefehls eingereicht werden, kann künftig nicht mehr stattgegeben werden.

Gießen, den 16. September 1916.

Der Zivilvorsitzende der Ersatzkommission des Kreises Gießen.

J. B.: Demmerde.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 1. bis 15. Sept. wurden in hiesiger Stadt Gefunden: 2 Portemonnaies mit Inhalt, ein Herrenregenschirm, ein Fäustmarschein und eine goldene Brosche.

Verloren: 1 schwarzer Damenregenschirm, 1 silbernes Gedeckarmband, eine silberne Damenuhr, ein Portemonnaie mit Inhalt, ein Herrenportemonnaie mit Inhalt, eine wasserdichte Pierdedecke, ein Sportwägelchen, sechs Mark in Papier, eine goldene Brosche, eine goldene Damenuhr und ein Kopfkissenbezug mit 2 Säcken, eine Tischdecke, zwei Kopfrücker.

Die Empfangsberechtigten der gefundenen Gegenstände belieben ihre Ansprüche alsbald bei uns geltend zu machen.

Die Abholung der gefundenen Gegenstände kann an jedem Wochentag von 11—12 Uhr vormittags und von 4—5 Uhr nachmittags bei unterzeichneter Behörde Zimmer Nr. 1 erfolgen.

Gießen, den 15. September 1916.

Großherzogliches Polizeiamt Gießen.

Demmerde.